

Delegiertentag formuliert klare Erwartungen an die künftige Landesregierung

„Hörbar stark. Sichtbar wirksam“ – unter diesem Motto haben vom 3. bis 5. Mai 197 Delegierte aus ganz NRW im Beisein von noch einmal so vielen Gastdelegierten in Düsseldorf nicht nur den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) neu gewählt, sondern auch über die Themen und Ziele beraten, für die sich die GdP in Zukunft starkmachen soll. Zum Teil mit spannenden, kontroversen Diskussionen.

Spannend war der alle vier Jahre stattfindende Landesdelegiertentag auch, weil er nur wenige Tage vor der bis zum Schluss nicht entschiedenen Landtagswahl am 15. Mai stattgefunden hat. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), die Landesvorsitzenden der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, Thomas Kutschaty und Mona Neubaur, sowie der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche, nutzten die Gelegenheit, um noch einmal für ihre Pläne zur Zukunft der Polizei zu werben. Und Herbert Reul (CDU) zog auf dem Delegiertentag eine Bilanz seiner bisherigen, fünfjährigen Amtszeit als Innenminister.



Mertens (58) an der Spitze des Landesbezirks NRW. In seine Zeit als Landesvorsitzender fiel der historische Wahlsieg bei den Personalratswahlen im vergangenen Jahr, bei denen die GdP erstmals seit Jahrzehnten nicht nur im Hauptpersonalrat der Polizei, sondern auch in allen 50 örtlichen Personalräten die Mehrheit der Sitze gewonnen hat. Seit 2018 ist zudem die Zahl der GdP-Mitglieder in NRW auf 46 000 Mitglieder gestiegen – ohne die GdP-Mitglieder, die in NRW vom Bezirk Bundespolizei organisiert werden. Das sind 4000 Mitglieder mehr als vor vier Jahren. Bei seiner Wiederwahl stimmten zwei Drittel der Delegierten für Michael Mertens.

In seiner Grundsatzrede hatte Mertens zuvor daran erinnert, dass die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung in den letzten Jahren erhebliche Mittel in die Einstellung von zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten und in die technische Ausrüstung der Polizei investiert hat. „Trotzdem haben wir noch einen weiten Weg vor uns, bis die Polizei so ausgestattet ist, dass sie die ihr gestellten Aufgaben im vollen

Michael Mertens mit deutlicher Mehrheit bestätigt

In der GdP nimmt der Landesvorsitzende eine herausgehobene Stellung ein. Er ist nicht nur das wichtigste Gesicht der GdP nach außen, sondern vor allem der wichtigste Ansprechpartner für die Politik, wenn es um die Positionen der GdP zu Fragen der Inneren Sicherheit und um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei geht. Seit Mai 2018 steht Michael





Umfang wahrnehmen kann“, sagte Mertens zu den Delegierten. „Deshalb muss der personelle Wiederaufbau der Polizei in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden, auch wenn auf den Staat durch den Ukraine-Krieg, aber auch durch die Folgen der Coronapandemie und der Flutkatastrophe erhebliche Belastungen zukommen.“

Neues Gesicht im Vorstand

Neben der Beibehaltung des jetzt erreichten Einstellungsniveaus fordert der wiedergewählte GdP-Vorsitzende eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst. „Die vor 19 Jahren als angeblich vorübergehende Sparmaßnahme eingeführte 41-Stunden-Woche für die Beamtinnen und Beamten muss endlich vom Tisch, damit wir in Zukunft noch genügend junge Menschen für den Polizeiberuf begeistern können“, betonte er auf dem Delegiertentag. Dringenden Handlungsbedarf gibt es zudem bei den Aufstiegschancen bei der Polizei und bei den bereits seit zwei Jahrzehnten eingefrorenen Zulagen.

Auch neun der zehn übrigen Vorstandsmitglieder wurden in Düsseldorf wiedergewählt. Das gilt nicht nur für die vier bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Maatz, Markus Robert, Jutta Jakobs und Heiko Müller, sondern auch für Landes-kassierer Lorenz Rohahn und seinen Stellvertreter Frank Schniedermeier, Schriftführerin Meike to Baben und ihren Stellvertreter Andreas Pein und für Patrick Schlüter, der dem GVS auch in der neuen Wahlperiode als weiteres Mitglied angehört. Siegfried Pfenninger war aus Altersgründen nicht mehr angetreten. Für ihn wurde der Personalratsvorsitzende des Polizeipräsidiums Hamm, Dirk Schade (53), in den Vorstand gewählt.

Fast dreihundert Anträge beraten

Wichtigste Aufgabe des Landesdelegiertentags ist neben der Wahl des Vorstands die Beratung über die Ziele und die Ausrichtung der GdP-Politik in den nächsten Jahren. Fast 300 Anträge lagen den Delegierten in diesem Jahr dazu vor, formuliert von den Kreisgruppen vor Ort, den Personengruppen und

vom Vorstand selbst. Darunter waren auch mehrere Leiteträge.

Im einmütig angenommenen Leitetrage zum Beamtenrecht (B 01) wird der Landesvorstand aufgefordert, sich für eine nachhaltige Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Polizistinnen und Polizisten einzusetzen. Weil das Land in einer finanziellen Notlage war, hatte 2003 die damalige rot-grüne Landesregierung die Arbeitszeit für alle Beamtinnen und Beamten in NRW mit Wirkung zum 1. Januar 2004 einseitig von 38,5 auf 41 Stunden erhöht. Betroffen von der Arbeitszeitverlängerung sind nicht nur die Polizeivollzugsbeamten sondern auch die Verwaltungsbeamten der Polizei.

Geändert hat sich daran bislang nichts – trotz mehrerer Regierungswechsel. Das Einzige, was der bisherigen, schwarz-gelben Landesregierung dazu eingefallen ist, war der Vorschlag, die Beamten könnten ihre Arbeitszeit doch freiwillig weiter erhöhen, auf 44 Stunden in der Woche. Die zusätzlichen Stunden könnten sie dann auf ein Langzeitkonto einzahlen, um sie später gegen Freizeitblöcke einzutauschen. Ein absurder Vorschlag. Arbeitsschutzexperten warnen schon lange, dass es kein Schichtmodell gibt, das bei einer 41-Stunden-Woche nicht zwangsläufig zu massiven Gesundheitsschäden führt. Die GdP will deshalb in der kommenden Landtagsperiode erreichen, dass die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten in einem ersten Schritt von 41 Stunden auf die der Tarifbeschäftigten von 39 Stunden und 50 Minuten gesenkt wird. In weiteren Schritten soll die Arbeitszeit dann für alle Beschäftigten auf 35 Stunden reduziert werden. Zudem fordert die GdP die Einführung eines Ruhestandskorridors. Dadurch könnten die Polizistinnen und Polizisten selber entscheiden, wann sie zwischen dem 55. und dem 65. Lebensjahr aus dem Dienst ausscheiden.

In einem Leitetrage zum Wach- und Wechseldienst (B 07) fordert die GdP eine umfassende Ausstattung der Polizei mit moderner IT-Technik. In den Wachen und Dienststellen der Polizei muss zudem Platz für Ruhe- und Gemeinschaftszonen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem macht sich die GdP für bessere Aufstiegschancen bei der Polizei stark. Wer eine herausgehobene Aufgabe übernommen hat, muss auch dann nach A 12 und A 13 auf-

steigen können, wenn er keine Führungsfunktion gegenüber anderen Beschäftigten wahrnimmt.

Im ebenfalls angenommenen Leitantrag zum Dienstunfallrecht (B 15) fordert die GdP eine umfassende Reform der Dienstunfallfürsorge bei der Polizei. Das Modell der Durchgangssärzte soll nach einem Dienstunfall zum Standardmodell werden. Zudem soll es vor Ort Dienstunfalllotsen geben, die den Betroffenen auch bei praktischen Fragen zur Seite stehen. Durch die zentrale Bearbeitung aller Dienstunfälle soll in Zukunft verhindert werden, dass die Gewährung von Heilmaßnahmen davon abhängt, ob vor Ort genügend Kapazitäten für die Fallbearbeitung zur Verfügung stehen.

Anträge auch zur Modernisierung des Zulagenwesens, zur Digitalisierung und zu rechten Chats

Etliche Anträge haben sich zudem mit dem Zulagenwesen beschäftigt. Im Antrag C 18 spricht sich der Landesdelegiertentag zum Beispiel für die Anhebung der seit Jahren eingefrorenen DUZ-Zulage für den Nachtdienst auf mindestens fünf Euro aus, im Antrag C 19 für die Ausweitung der KiPo-Zula-

ge auf alle Beschäftigten, die bei der Sachbearbeitung von sexuellem Missbrauch von Kindern tätig sind.

Auch das Thema Digitalisierung hat auf dem Landesdelegiertentag eine größere Rolle gespielt. Neben zahlreichen Anträgen zur besseren technischen Ausstattung ging es vor allem um die Zugangsmöglichkeiten zum Homeoffice. Die während der Coronapandemie entstandenen neuen Möglichkeiten dürfen nicht wieder zurückgedrängt werden. Im Antrag E 10 fordert der Delegiertentag landesweit vereinheitlichte Regelungen für den Zugang zur Telearbeit/Homeoffice. Homeoffice dürfe nicht ausschließlich aufgrund familiärer Faktoren gewährt werden, heißt es in dem von den Delegierten beschlossenen Antrag.

Der Landesdelegiertentag hat sich zudem für eine Stärkung der demokratischen Resilienz von Polizistinnen und Polizisten starkgemacht. Regelmäßige Antirassismus-Trainings sollen zu verpflichtenden Bestandteilen der Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten werden (A 01). Für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter soll zudem an der HSPV oder im LAFP ein Seminar zum richtigen Umgang mit Social Media angeboten werden (E 62). ■



Wir werden die Politiker in die Pflicht nehmen



Wir leben in dramatischen Zeiten. Ein Ende des barbarischen Kriegs in der Ukraine ist noch immer nicht absehbar. Die Inflation erklimmt schwindelerregende Höhen. Und bei der Energiewende stehen wir erst ganz am Anfang. Das alles wird den Handlungsspielraum der Politik dramatisch verändern. Auch bei der Polizei.

Auf dem Landesdelegiertentag haben die Spitzenvertreter der vier im Düsseldorfer Landtag vertretenen demokratischen Parteien ein klares Bekenntnis für die Polizei abgelegt. Der personelle Wiederaufbau soll fortgesetzt werden. Auch bei den Aufstiegschancen, bei den Zulagen und bei der Arbeitszeit soll sich endlich etwas bewegen, haben die Spitzenpolitiker von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen versprochen.

Noch ist nicht klar, wie die neue Landesregierung wirklich aussehen wird und auf welche Schwerpunkte sich die Parteien am Ende im Koalitionsvertrag einigen werden. Je nach Wahl-

ausgang könnten auch die Organisationsstruktur der Polizei, die Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit dem Taser und die Bekämpfung der Clankriminalität auf die Tagesordnung kommen. Auch die von allen Parteien versprochene personelle Stärkung der Polizei muss erst umgesetzt werden.

Auf unserem Delegiertentag hat Ministerpräsident Hendrik Wüst daran erinnert, dass uns der Ukraine-Krieg auf dramatische Weise vor Augen geführt hat, dass es Freiheit und Demokratie nicht umsonst gibt, sondern dass unsere Freiheit von innen und außen bedroht ist. „Eine wehrhafte Demokratie braucht eine starke Polizei“, sagte Wüst. Wir werden die neue Landesregierung an dieses Versprechen erinnern. Egal wie das Farbenspiel am Ende aussehen wird.

Michael Mertens
Landesvorsitzender



Klare Versprechen der Spitzenpolitiker – wir werden sie daran messen

Wie geht es nach der Landtagswahl weiter bei der Polizei? Auf dem Landesdelegiertentag der GdP haben Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), sein Herausforderer und SPD-Vorsitzender Thomas Kutschaty, FDP-Fraktionsvorsitzender Christof Rasche und die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Mona Neubaur, ihre Konzepte zur Stärkung der Inneren Sicherheit vorgestellt. Bei allen Unterschieden im Detail: Alle vier im Landtag vertretenen demokratischen Parteien wollen die Personalstärke der Polizei in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Auch bei der Reduzierung der Arbeitszeit, bei den Aufstiegsmöglichkeiten und bei den Zulagen soll es grundlegende Verbesserungen geben.

In seiner knapp 15 Minuten dauernden Rede vor dem Delegiertentag erinnerte Ministerpräsident Wüst daran, dass uns der Ukraine-Krieg auf dramatische Weise vor Augen geführt hat, dass es Freiheit und Demokratie nicht umsonst gibt, sondern dass unsere Freiheit von innen und außen bedroht ist. „Eine wehrhafte Demokratie braucht eine starke Polizei“, sagte Wüst. Deshalb wolle seine Partei den in den letzten Jahren begonnenen Weg, für mehr Personal, eine bessere Ausstattung und mehr Ein-

griffsbefugnisse der Polizei zu sorgen, fortsetzen und die Einstellungszahlen weiter erhöhen. Mit Blick auf die GdP sagte Wüst, dass er mit ihr nicht nur die großen Erfolge bei den Mitgliederzahlen und ihr gutes Abschneiden bei den Personalratswahlen verbindet, sondern auch ihre fachliche Kompetenz. „Die Stärke der GdP resultiert aus ihrer besonderen fachlichen Expertise“, sagte Wüst und verwies dabei ausdrücklich auf das vor Kurzem veröffentlichte Positionspapier der GdP zur Zukunft der Kripo.

Auch FDP-Fraktionsvorsitzender Rasche erinnerte an die Maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit und nannte unter anderem das neue Polizeigesetz, die Anschaffung des Tasers und die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht. Das neue Polizeigesetz basiere auf einem Gleichgewicht von Sicherheit und Freiheit. Es sei wichtig, dass am Ende auch die SPD dem veränderten Gesetzentwurf zugestimmt hat. Bei den Einstellungszahlen versprach Rasche, dass sie schnell auf 3000 Anwärtinnen und Anwärter steigen müssen. Zudem will die FDP das Zulagenwesen grundlegend reformieren.

SPD-Vorsitzender Thomas Kutschaty erinnerte in seinem Beitrag daran, dass die Er-

höhung der Einstellungszahlen nicht erst mit dem letzten Regierungswechsel begonnen habe, sondern bereits in der Zeit von Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin. Trotzdem müsse die Zahl der Neueinstellungen weiter erhöht werden. „Die 3000er-Marke ist eine gute Zahl“, sagte er. Der SPD-Vorsitzende will zudem die Polizeizulage erhöhen und ein Recht auf Weiterbildung bei der Polizei einführen.

Mona Neubaur, Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, erinnerte in ihrer Rede daran, dass ihre Partei und die GdP in Fragen der Inneren Sicherheit nicht immer einer Meinung seien, betonte aber, dass die Polizei als Träger des Gewaltmonopols gut ausgestattet sein müsse. Deshalb müsse die Personalstärke der Polizei weiter erhöht werden. Aus Sicht der Grünen könne dieses Ziel auch durch eine Senkung der Drop-out-Quote erreicht werden. Zudem ging Neubaur hart mit der gescheiterten Attraktivitätsoffensive der schwarz-gelben Landesregierung ins Gericht. Warum Schwarz-Gelb nicht die Möglichkeit geschaffen hat, die 41. Stunde in ein Langzeitarbeitszeitkonto einzuzahlen und stattdessen noch drei Stunden obendrauf gelegt hat, sei ihr schleierhaft. „41 + 3 – was soll daran attraktiv sein?“, fragte Neubaur. ■

Mehr Mandate für die Junge Gruppe und die Frauengruppe

78 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landesdelegiertentags 2022 waren Mitglieder der Jungen Gruppe, 31 davon hatten ein Delegiertenmandat. Die Frauengruppe kam auf 116 Teilnehmerinnen, 64 davon waren Delegierte. Beides ist deutlich mehr als in früheren Jahren. Aber es reicht noch nicht, denn im wachsenden Anteil jüngerer Mitglieder, die das 32.

Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und im wachsenden Anteil von Frauen unter den Funktionsträgern liegt die Zukunft der GdP.

Auf dem Landesdelegiertentag wurden deshalb mehrere Anträge beschlossen, mit denen die Zahl der Mandatsdelegierten der Jungen Gruppe und der Frauengruppe erhöht wird. Das ist vor allem deshalb erforderlich, weil über die Verteilung der meisten Mandate die Kreisgruppen vor Ort entscheiden, und dort stehen oft andere Kriterien im Vordergrund als der Frauen- und der Junge Gruppe-Anteil.

Mit den jetzt in Düsseldorf beschlossenen Satzänderungen ist sichergestellt, dass in Zukunft alle Mitglieder des Geschäftsführenden Landesjungendvorstands und des Landesfrauenvorstands mit vollem Stimmrecht am Landesdelegiertentag teilnehmen können.

Dafür hatte die Junge Gruppe auf dem Delegiertentag mit einer mit viel Beifall bedachten Luftballonaktion geworben. Auch über ihre Ersatzdelegierten entscheiden die Personengruppen in Zukunft selbst. Die Zahl aller Delegierten erhöht sich dadurch um 20 Mandate.

Die Frauengruppe erhält zudem das Recht, in Zukunft bei allen auf der Landesebene eingesetzten Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen eine Frau als Teilnehmerin vorzuschlagen. Ein weitergehender Antrag des Landesfrauenvorstands, der einem Mitglied des Landesfrauenvorstands das Recht eingeräumt hätte, mit beratender Stimme an allen Sitzungen des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands teilzunehmen, fand dagegen keine Mehrheit. ■





Wiederaufbau Polizei noch lange nicht am Ziel

Die vergangenen fünf Jahre waren für die Polizei gute Jahre. CDU und FDP haben in der jetzt zu Ende gegangenen Legislaturperiode viel bewegt – bei den Einstellungszahlen, bei der Ausrüstung und bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Anderes ist dagegen liegen geblieben. Die Reduzierung der überlangen Arbeitszeit, die Einbeziehung der Zulagen bei der Besoldungserhöhung, die Schaffung attraktiver Aufstiegsmöglichkeiten bei der Polizei haben die bisherige Landesregierung nicht interessiert. Hier besteht massiver Handlungsbedarf, wenn die Polizei als Arbeitgeber attraktiv bleiben soll.

Die GdP hat hierzu auf ihrem Landesdelegiertentag zahlreiche Forderungen beschlos-

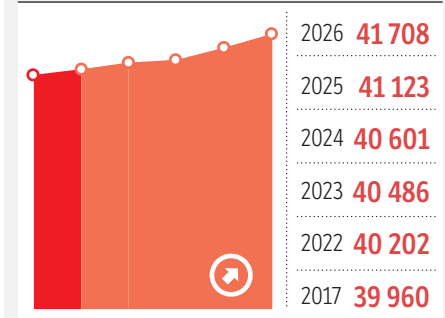
sen, um deren Durchsetzung sie sich in den nächsten Jahren intensiv kümmern wird. Das gilt auch für die Fortsetzung des personellen Wiederaufbaus der Polizei. Denn so groß fällt die Verstärkung, die in den vergangenen Jahren in den Kommissariaten und Wachen während der Amtszeit von Innenminister Herbert Reul (CDU) angekommen ist, nicht aus (siehe Grafik). Dafür waren die Einschnitte in der Vergangenheit zu tief. Für die GdP steht deshalb fest: Der personelle Wiederaufbau der Polizei muss in den nächsten Jahren intensiviert werden. Die Parteien müssen ihren Ankündigungen, die Einstellungszahlen bei der Polizei weiter zu erhöhen, Taten folgen lassen. Sonst läuft die Ankündigung der Politik, die Zahl der Poli-

zistinnen und Polizisten in NRW in den kommenden Jahren Schritt für Schritt auf 45 000 Beamtinnen und Beamte zu erhöhen, ins Leere. ■

Verstärkung greift erst in den nächsten Jahren

Trotz der Erhöhung der Einstellungszahlen ist die Zahl der Polizeivollzugsbeamten in NRW seit dem Regierungsantritt der bisherigen schwarz-gelben Landesregierung nur um 242 Beamte gestiegen. Erst ab 2023 geht es stärker bergauf. Und das auch nur, wenn die jetzigen Einstellungszahlen zumindest beibehalten werden.

Polizeivollzugsbeamte in NRW 2017 – 2026*



* Stand: 1. Januar des jeweiligen Jahres

Quelle: Prognose des Innenministeriums NRW, März 2022



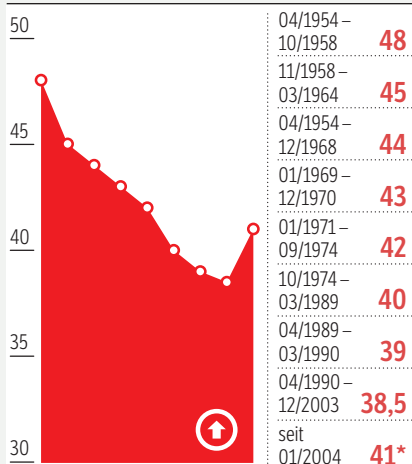
Reduzierung der Arbeitszeit wird zum Prüfstein

Bei der Arbeitszeit war der öffentliche Dienst in NRW schon mal weiter: Bis Ende 2003 galt für alle Beamtinnen und Beamten in NRW die 38,5-Stunden-Woche.

Für Polizisten galt bis 2003 die 38,5-Stunden-Woche

Über die Arbeitszeit der Beamten entscheidet der Landtag. 2003 hat die damalige schwarz-grüne Landesregierung die Arbeitszeit aller Beamten zum Jahreswechsel 2004 auf 41 Stunden in der Woche erhöht. Trotz mehrfachem Regierungswechsel hat sich daran bislang nichts geändert.

Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten in NRW



* mit Vollendung des 55. Lebensjahrs: 40 Stunden, mit mindestens 50 Prozent Behinderung: 39,83 Stunden, ab 80 Prozent Behinderung: 39 Stunden

Quelle: Finanzverwaltung NRW



Auch bei der Polizei. Finanziert hatten die Beamten die zu Beginn der 1990er-Jahre in Kraft getretene Reduzierung der Arbeitszeit auch durch Abstriche bei der Besoldung. Die damals regierende schwarz-grüne Landesregierung hat das nicht daran gehindert, die Wochenarbeitszeit mit Wirkung zum 1. Januar 2004 von 38,5 auf 41 Stunden zu erhöhen. Angeblich nur als vorübergehende Sparmaßnahme. Fast zeitgleich hat sie zudem das berufsspezifische Pensionsalter für die Polizistinnen und Polizisten nach hinten verschoben, von 60 auf 62 Jahre.

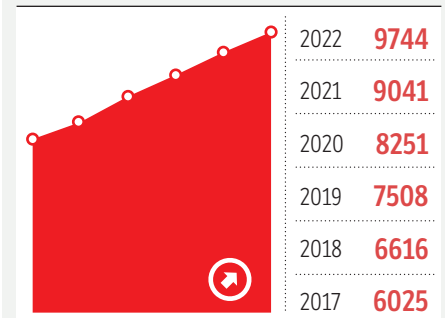
Auch etliche Regierungswechsel haben daran nichts geändert. Auch die beiden schwarz-gelben Landesregierungen, die es seitdem in NRW gab, haben keinerlei Initiativen übernommen, um die überlange Arbeitszeit der Beamten wieder zu reduzieren. Attraktiv wird der öffentliche Dienst dadurch nicht.

Für die GdP steht deshalb fest: Egal welche Landesregierung nach der Landtagswahl am 15. Mai entsteht – die 41-Stunden-Woche muss weg! Die GdP wird diese Forderung in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit der nächsten Jahre stellen. In einem ersten Schritt muss die Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten auf die der Tarifbeschäftigten reduziert werden. Das sind aktuell 39 Stunden und 50 Minuten. Dann muss die Arbeitszeit für beide Beschäftigtengruppen weiter verringert werden. Unser Ziel: 35 Stunden für alle! ■

Deutlich mehr Tarifbeschäftigte

In der vergangenen Legislaturperiode hat das Land bei der Polizei jedes Jahr 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen. Um die Polizisten von Verwaltungsausgaben zu entlasten und um Spezialisten für die Polizei zu gewinnen, etwa im IT-Bereich. Die Zahl der Tarifbeschäftigten ist um 50 Prozent gestiegen – von 6025 auf 9744.

Entwicklung der Tarifbeschäftigten* in den vergangenen fünf Jahren



* Im Haushalt bereitgestellte Stellen

Quelle: Innenministerium NRW, März 2022





GdP fordert Mobile Videoüberwachung bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität muss die Polizei auch mobile Videoüberwachungskameras nutzen. Das hat GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens Anfang Mai in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) gefordert. Zuvor war es in Duisburg-Hamborn zu einer wilden Schießerei zwischen Mitgliedern der Rockergruppe Hell Angels und einem türkisch-arabischen Familienclan gekommen. Bis zu 100 Mitglieder der untereinander verfeindeten Gruppierung waren an der gewalttätigen Auseinandersetzung beteiligt, vier Personen wurden durch Schusswaffen verletzt. Anlass der Auseinandersetzung war nach bisherigen Ermittlungserkenntnissen die Eröffnung eines Döner-Ladens an einem falschen Standort.

Die Schießerei hat auch bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Dabei ging es auch

um die Frage, ob die Bekämpfung der Clankriminalität, die sich Innenminister Herbert Reul (CDU) auf die Fahne geschrieben hat, zu einer Kriminalisierung von Migranten führen würde. Die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Verena Schäfer, hat diesen Vorwurf wiederholt erhoben.

Die GdP sieht das anders. Sie unterstützt ausdrücklich das vom Essener Polizeipräsidenten und früheren GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter entwickelte NRW-Konzept zur Bekämpfung der Clankriminalität. Ermittlungskräfte der Polizei, der Steuerfahndung, des Zolls und der kommunalen Ordnungs- und Gesundheitsämter gehen bei ihren Razzien gemeinsam vor. Auch niederschwellige Verstöße werden konsequent geahndet.

Gegenüber der Bild-Zeitung sagte Mertens, dass Law and Order nicht das einzige Instrument zur Bekämpfung der Clankri-

iminalität sind, sondern „wir brauchen auch gute Sozialpolitik“. Aber „bei der Kriminalitätsbekämpfung hilft nicht Schönreden, sondern nur Klarheit und Wahrheit“. Gegenüber der WAZ wies Mertens zudem darauf hin, dass die Polizei beim Kampf gegen die Clanstrukturen „einen langen Atem“ brauche. Das Konzept müsse deshalb auch nach der Landtagswahl fortgesetzt werden.

Wie wichtig das ist, zeigt auch die Schießerei in Duisburg. Weil die Tatbeteiligten jede Aussage verweigern, kann der Vorfall nur aufgeklärt werden, wenn die Polizei durch vorausgegangene Durchsuchungsmaßnahmen im Besitz von Erkenntnissen ist, die bei der Identifizierung der Beteiligten helfen können. Das gilt nicht nur für kriminell gewordene Clanfamilien, sondern auch für Rockerbanden. Bei beiden gibt es ein Schweigekartell. ■

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 9. Juni.

Sommerurlaub noch nicht gebucht?

**Dann rufen Sie schnell
in Ihrem GdP-Reisebüro an,
wir freuen uns auf Sie.**

**GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp-reiseservice.de**



REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Juni erhalten
einen Douglas-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 7655, Dortmund
45 26125, Düsseldorf
45 45494, BZ Erich Klausener

Sommer-Specials gestartet

Es geht wieder los! Rechtzeitig zum Sommerstart sind auch viele Coronaaufgaben weggefallen. Deshalb kann auch die GdP wieder richtig loslegen.

Am 8. Juni starten wir mit unserem traditionellen Golfturnier im GC Grevenmühle in Ratingen. Einst als Sport der Schönen und Reichen verpönt, beweisen unsere Partner der PoGos (Polizeigolfer) schon seit vielen Jahren, dass der Golfsport in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Unser Highlight des Sommers ist wie jedes Jahr der GdP-Familientag in der Zoom Erlebniswelt am 26. Juni in Gelsenkirchen. Gegen Vorlage eines GdP-Mitgliederausweises kommen bis zu sechs Leute für jeweils 12 Euro pro Person in den Zoo (statt 21,50).

Was wäre jedoch die heiße Jahreszeit ohne unsere alljährlichen Freizeitpark-Specials? Wir sind stolz, dass wir auch in diesem Jahr zwei der schönsten Parks unseres Landes gewinnen konnten, um den Menschen, die tagtäglich für unsere Sicherheit sorgen, samt ihren Familien, etwas wiederzugeben: Bereits seit dem März läuft unser großes GdP-Sommer-Special im Movie Park Germany. Zum exklusiven Vorteilspreis von 23 Euro pro Person könnt ihr mit euren Lieben einen ganzen Tag in atemberaubenden Achterbahnen und anderen hochwertigen Aktionen die Seele baumeln lassen. Mit unserem Fun-Special könnt ihr des Weiteren für 20 Euro pro Person das bekannte FORT FUN Abenteuerland besuchen. Die 1972 errichteten legendären Sommerrodelbahnen, damals weltweit die längs-

ten ihrer Art, lassen bei einigen Kolleginnen und Kollegen Kindheitserinnerungen aufleben. Wer seine Tickets für beide Freizeitparks bequem im Internet buchen mag, erfragt die Aktionscodes zum GdP-Vorteilspreis bitte über die örtlichen Kreisgruppen. ■



Weitere Infos wie immer unter:
gdp-nrw.de
(weiter unter: Aktuelles, Events)

Senioren aktuell

Kreisgruppe Heinsberg

23. Juni, 15 Uhr, Seniorentreff, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, Heinsberg. Themen: Aktuelles aus der KG, Bericht LDT 2022, Mitgliederversammlung, Neues aus dem sozialen Bereich. Anmeldung unter Tel.: 02431/5880 oder kalabahn@web.de

Anzeigen

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68

GEMEINSCHAFTSPRAXIS

Dr. med.
Anja Eisenberger-Amoah
Mike Amoah

Fachärzte für
Kinder- und Jugendmedizin

Rathaus Straße 4 · 47166 Duisburg
Telefon 02 03/55 34 52
Fax 02 03/55 17 03

GdP aktiv

24.06., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 10 Uhr, PP Essen/Mülheim, Eingang Galeria, Konferenzraum, Theodor-Althoff-Str. 4, 45133 Essen, mit anschließendem Imbiss.

25.06., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg mit einem beschwingten und bunten Showprogramm, 20 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hüchelhoven. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich.